

Oktober 2010 - 1006 UBRA

Brasilien - Menschenrechtsmissachtung führt weiterhin zu Gewalt gegen die Guarani-Kaiowá



Im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul, sind etwa 27.500 Guarani-Kaiowá ständigen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Insbesondere ihr Recht auf Zugang zu ihrem Stammesland wird missachtet. Dieses Recht wird in verschiedenen internationalen Menschenrechtskonventionen, darunter auch der Verfassung Brasiliens, anerkannt. Dieser indigenen Bevölkerungsgruppe wird nicht nur der Zugang zu ihrem Stammesgebiet verwehrt. Sie werden auch von Landbesitzern bedroht und müssen unter menschenunwürdigen Bedingungen auf transnationalen landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten, die auf einem Großteil des Guarani-Kaiowá-Gebietes Zuckerrohr für Biokraftstoff anbauen. Im Jahr 2007 starteten die nationale Indianerstiftung FUNAI (National Indian Foundation) und die Bundesstaatsanwaltschaft MPF Wiedergutmachungsmaßnahmen und beschlossen, mit einem sogenannten Conduct Adjustment Agreement (CAA) die Stammesgebiete der Guarani-Kaiowá im Staat Mato Grosso do Sul einzugrenzen. Allerdings wurde das Umsetzungsdatum von FUNAI nicht eingehalten. Am 25. August nahm der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva an einem Treffen mit 25 politischen und religiösen Führern der Guarani-Kaiowá und der Terena in Dourados teil, um die Eingrenzung der Stammesgebiete in Mato Grosso do Sul zu besprechen und er garantierte, dass er FUNAI noch am selben Tag auffordern würde, die Bundespolizei zu bitten, die vom CAA vorgesehenen Arbeitsgruppen zu begleiten.

Da die Eingrenzung des Landes nicht voran geht, besetzten einige Dutzend Indigene der Guarani-Kaiowá, die seit Jahren die Eingrenzung ihres Stammesgebietes *YPo'í* fordern, am 18. und 19. August ein Gebiet der São Luiz Farm in Paranhos an der Grenze zu Paraguay im Süden von Mato Grosso do Sul.

Die Bundesstaatsanwaltschaft wurde am 19. August darüber informiert. Am selben Tag besuchten Vertreter von FUNAI und der Bundespolizei den Ort und bestätigten die Besetzung durch Indigene. Aufgrund der in diesem Gebiet weit verbreiteten Notlage vieler Familien beantragte der regionale FUNAI Koordinator in Amambai und Ponta Pora eine Zugangsgenehmigung zu den Indigenen, um sie ärztlich und mit Nahrung versorgen zu können. Der Landbesitzer verweigerte dies, da es „die Besetzung unterstützen würde“.

Aufgrund der erwähnten Willkür konnte FUNAI einem kranken dreijährigen Kind der Indigenen keine medizinische Hilfe zukommen lassen. Das Kind verstarb am 21. September. Am 23. September berichtete FUNAI, dass das Kind an einem Herz- und Atemstillstand als Folge von Lungenentzündung, Flüssigkeitsmangel und Unterernährung verstarb. Eine weitere Gruppe von 86 Guarani-Kaiowá Familien aus dem Ita'y Ka'aguyrusu Lager besetzten am 4. September ihr Stammesland in der Gemeinde Douradina (MS). Sie wurden von den Landbesitzern der Region gewalttätig angegriffen.

Die fehlende Eingrenzung des Stammesgebietes ist ein Zeichen der Missachtung nationaler und internationaler Gesetzgebung und bedroht die Lebensgrundlagen der Guarani-Kaiowá. Zwischen 2005 und 2010 starben 36 Kinder an Unterernährung. Im Bundesstaat Mato Grosso do Sul sind nach Schätzungen mindestens 600 indigene Kinder unterernährt. Die schlechten Lebensbedingungen sind für die hohen Mord- und Selbstmordraten in diesen Bevölkerungsgruppen verantwortlich. Nur durch uneingeschränkten Zugang zu ihrem Stammesland können diese Verletzungen wieder gestoppt und die Rechte dieser Bevölkerungsgruppe effektiv verwirklicht werden.

Zusammenfassung

Die Guarani-Kaiowá sind Indigene aus dem brasilianischen Staat Mato Grosso do Sul. In der Vergangenheit wurden sie von ihrem Stammesland vertrieben, um Platz zu machen für groß angelegte landwirtschaftliche Betriebe und Viehzucht.

Am 18. und 19. August 2010 besetzten mehrere Dutzend Indigene Land der São Luiz Farm in Paranhos, im Süden von Mato Grosso do Sul an der Grenze zu Paraguay. Sie fordern seit Jahren die Eingrenzung ihres Stammesgebietes *YPo'í*.

Nun sind die Indigenen von der Außenwelt abgeschnitten. Der Besitzer des Gebietes verwehrt staatlichen Behörden den Zugang, weil dies „die Besetzung unterstützen würde“. Als Folge dieser Willkür konnte FUNASA, die staatliche Gesundheitsbehörde, einem dreijährigen Indigenen keine medizinische Hilfe zukommen lassen. Das Kind verstarb am 21. September.

**Ende der Aktion
10. Dezember 2010**

Das FIAN-Mandat

Brasilien hat den *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* der UNO in seiner Verfassung von 1988, Artikel 5, Absatz 2 anerkannt und in seine nationale Gesetzgebung aufgenommen. Brasilien ist daher verpflichtet, die Rechte seiner Bevölkerung zu schützen, zu respektieren und sicherzustellen. Dazu gehört auch die Gewährleistung und der Schutz des Rechtes auf angemessene Ernährung, festgelegt in Artikel 11 des Paktes. Der gesetzlich garantierte körperliche und wirtschaftliche Zugang zu produktiven Ressourcen, inklusive Wasser und Boden, ist eine unerlässliche Bedingung zur Umsetzung des Rechtes auf Nahrung, wie vom Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Allgemeinen Rechtskommentar Nr. 12 vorgeschrieben. Desweiteren hat Brasilien die ILO Konvention 169 und die darin enthaltenen besonderen Rechte der Indigenen anerkannt.

Übersetzung des Musterbriefs

Sehr geehrter Herr Präsident,

Ich bin sehr besorgt über die Situation der Guarani-Kaiowá-Indigenen in Mato Grosso do Sul. Diese indigene Bevölkerungsgruppe lebt seit Jahren unter ständigen Menschenrechtsverletzungen, da sie keinerlei Zugang zu ihrem Stammesland und ihrer Existenzgrundlage haben. Die mangelnde Eingrenzung ihres Stammesgebietes verdeutlicht die Respektlosigkeit für nationale Gesetze, die wiederum dazu geführt hat, dass die Guarani-Kaiowá an schwerer Unterernährung leiden. Dies hatte von 2005 bis 2010 den Tod von mindestens 36 Kindern zur Folge. In Mato Grosso do Sul leiden schätzungsweise 600 Kinder an Unterernährung. Die schlechten Lebensbedingungen haben auch zu einer hohen Mord- und Selbstmordrate in diesen Bevölkerungsgruppen geführt.

Am 18 und 19. August diesen Jahres besetzten mehrere Dutzend Indigene, die seit Jahren die Eingrenzung ihres Stammesgebietes *Ypo'í* fordern, eine Gebiet der São Luiz Farm in Paranhos, im Süden von Mato Gross do Sul an der Grenze zu Paraguay. Diese Gruppe Indigene ist von der Außenwelt abgeschnitten, da der Besitzer des Gebietes den Verantwortlichen, wie etwa die Bundesstaatanwaltschaft, FUNAI und FUNASA, Zugang verwehrt, weil dies „die Besetzung unterstützen würde“. Als Folge dieser Willkür konnte FUNASA einem dreijährigen Indigenen keine medizinische Hilfe zukommen lassen, so dass das Kind am 21. September verstarb. In einer Nachricht vom 23. September machte FUNASA die Todesursachen öffentlich. Laut Sterbeurkunde verstarb das Kind an Herz- und Atemstillstand als Folge von Lungenentzündung, Flüssigkeitsmangel und Unterernährung.

Eine weitere Gruppe von 86 Guarani-Kaiowá Familien aus dem Ita'y Ka'aguyrusu Lager besetzten am 4. September ihr Stammesland in der Gemeinde Douradina (MS). Sie wurden von den Landbesitzern der Region gewalttätig angegriffen.

Brasilien hat die Internationalen Menschenrechtsverträge der UNO, die Amerikanische Menschenrechtskonvention, das San Salvador Protokoll und die ILO Konvention 169 unterzeichnet und ist daher verpflichtet, die Menschenrechte auf Nahrung, Wasser und insbesondere das Recht auf Leben der Indigenen, das das Recht auf ihre Stammesgebiete mit sich bringt, zu schützen und zu respektieren. Ich fordere Sie daher respektvoll auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen dass:

- FUNAI rasch alle Stammesgebiete in Mato Grosso do Sul identifiziert und eingrenzt, wie festgelegt im Conduct Adjustment Agreement, Teil der Administrative Procedure MPF/RPM/DRS/MA MS1.21.001000065/2007-44. Sobald die Identifikation und Eingrenzung abgeschlossen ist, werden diese vom Justizministerium bewilligt.
- Die Guarani-Kaiowá geschützt werden vor jeder Art von Gewalt oder Kriminalisierung ihres Kampfes um Land und ihre Rechte im allgemeinen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich über Ihre Maßnahmen in dieser Angelegenheit auf dem Laufenden halten würden.

Hochachtungsvoll,

Bitte informieren Sie FIAN über Reaktionen auf Ihre Briefe!

Aktion

Bitte schreiben Sie so rasch wie möglich an den brasilianischen Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva, an die Ministerin für soziale Entwicklung und den Minister für Menschenrechte und fordern Sie sie auf, das Land, das traditionell den Guarani-Kaiowá gehört, zu erfassen und einzugrenzen, um so sicherzustellen, dass die Guarani-Kaiowá Zugang zu ihrem Land haben, ihr Menschenrecht auf Ernährung verwirklichen können und als Gemeinschaft geschützt werden.

Adressen

**Presidente da República
Federativa do Brasil**
Luiz Inácio Lula da Silva
Praça dos Três Poderes
Palácio do Planalto - 4º andar
Brasília - DF 70150-900
BRASIL
Fax: 0055 - (61) 3411-1221

**Ministra do Desenvolvimento
Social e da Luta contra a
Fome**
Márcia Lopes
Esplanada dos Ministérios
Bloco C - 5º andar
Brasília - DF 70046-900
BRASIL
Fax: 0055 - (61) 3224-0418

**Secretaria de Direitos
Humanos da Presidência da
República**
Ministro Paulo Vanucchi
Esplanada dos Ministérios
Edifício Sede do Ministério da
Justiça
Brasília - DF 70064-900
BRASIL
Fax: 0055 - (61) 2025-3126

Ein Brief nach Übersee
kostet
aus Deutschland 1,70 €,
aus Österreich 1,40 €,
aus Belgien 1,05 €.